



25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Gremium: Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin: Dienstag, 10.01.2023, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 280 a, Stadtverwaltung Potsdam, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.11.2022**
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 **Transparenz der Tätigkeit von Beiräten 22/SVV/0792** Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)
-Wiedervorlage-
 - 3.2 **Konzept Stadtteildialoge umsetzen und weiterentwickeln 22/SVV/1084** Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 **Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 15: Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft 22/SVV/1134** Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 4 **Partizipation**
 - 4.1 Bericht des Beteiligungsrates
 - 4.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung
- 5 **Transparenz**

6 Digitalisierung

6.1 Berichterstattung zur Modernisierung der
Verwaltung, hier: Umsetzung des
Onlinezugangsgesetzes
22/SVV/1207

Oberbürgermeister, Verwaltungs-
u. Managemententwicklung

7 Themenspeicher/Themenvorschläge

8 Sonstiges



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0792

öffentlich

Betreff:

Transparenz der Tätigkeit von Beiräten

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)

Erstellungsdatum: 08.09.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.10.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für eine transparente Darstellung der Tätigkeit der Beiräte, die gem. §§ 8, 10, 12 und 13 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) gebildet wurden, Sorge zu tragen.

Dazu sollen auf der Homepage der LHP an einer gut auffindbaren Stelle mindestens die folgenden Angaben zu allen Beiräten veröffentlicht werden:

- Zusammensetzung und Geschäftsordnung des Beirates,
- Protokolle und Termine der Beiratssitzungen sowie
- fachliche Stellungnahmen und Empfehlungen.

Soweit der Veröffentlichung dieser Angaben und Dokumente rechtliche Gründe oder Regelungen entgegenstehen, wird der Oberbürgermeister beauftragt, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie den gewählten Stadtverordneten diese Informationen niedrigschwellig zugänglich gemacht werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Dezember 2022 über den Sachstand informiert werden.

Laura Kapp und Denny Menzel
Fraktionsvorsitzende DIE aNDERE

Andreas Menzel
Stadtverordneter BVB/FW

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Begründung:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat in ihrer Hauptsatzung die Bildung des Migrantenbeirates (§ 8), des Beirates für Menschen mit Behinderung (§ 10) und des Seniorenbeirates (§ 12) der Landeshauptstadt Potsdam festgelegt. Darüber hinaus wurden mehrere nichtformalisierte Beratungsgremien gem. § 13 der Hauptsatzung (z.B. Klimarat oder Tierheimbeirat) oder anderer gesetzlicher Regelungen (z.B. Naturschutzbeirat) geschaffen.

Diese Beiräte bereichern die Arbeit der Verwaltung durch fachliche Stellungnahmen und Empfehlungen. Leider ist der Zugang zu diesen Informationen für die gewählten Stadtverordneten nicht immer niedrigschwellig.

Lediglich der Migrantenbeirat ist im Ratsinformationssystem neben den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung mit allen relevanten Informationen, Sitzungsprotokollen und -terminen dargestellt. Mitteilungen des Seniorenbeirates und des Behindertenbeirates sind auf den Seiten des Büros für Chancengleichheit zu finden. Allerdings sind dort die Beiratsmitglieder nur schwer und die Sitzungsprotokolle gar nicht zu finden.

Seit einigen Wochen sind Informationen zum Naturschutzbeirat auf der Seite der Umweltbehörde eingestellt. Zwar finden sich dort weder Protokolle noch die Namen der Mitglieder, aber die Geschäftsordnung, Arbeitsschwerpunkte und ein Foto des Beirates. An gleicher Stelle finden sich auch Informationen zum Klimarat. Auch hier sind weder Protokolle und Sitzungstermine zu finden. Allerdings sind die Mitglieder inkl. Arbeitsverteilung vorgestellt, dafür ist die Geschäftsordnung nicht hinterlegt.

Der Beteiligungsbeirat wiederum hat eine eigene Webseite mit allen relevanten Informationen.

Irgendwo auf der städtischen Homepage findet man auch eine Seite „Tierbetreuung in Potsdam“, auf der knapp verraten wird, dass es seit 2010 einen Tierheimrat in Potsdam gibt, der bislang 6 Mal getagt haben soll und aus Fraktionsvertreter:innen besteht.

Mit unserem Antrag wollen wir sicherstellen, dass die Tätigkeit dieser und weiterer Beiräte aufgewertet wird, dass deren fachliche Expertise der Öffentlichkeit und den Stadtverordneten niedrigschwellig zugänglich gemacht wird und dass die relevanten Informationen übersichtlich auf der Homepage der LHP bereitgestellt werden.

Falls aus berechtigten Gründen Informationen nicht veröffentlicht werden sollen, soll der Oberbürgermeister Möglichkeiten aufzeigen, um eine unkomplizierte Weitergabe nichtöffentlicher Informationen an die gewählten und zur Verschwiegenheit verpflichteten Stadtverordneten zu gewährleisten.

Landeshauptstadt Potsdam

Geschäftsbereich

**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Drucksache Nr.:**TOP:****Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/1084

öffentlich

Betreff:

Konzept Stadtteildialoge umsetzen und weiterentwickeln

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum: 15.11.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.12.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, den Bürgerdialog kontinuierlicher zu gestalten und dazu an das im Januar 2019 vorgelegte Konzept Stadtteilkonferenzen/Stadtteilwanderungen und Bürgersprechstunden (Drucksache 19/SVV/0108) anzuknüpfen.

Besonderer Wert soll dabei auf eine langfristige Vorbereitung in Form einer abgestimmten Jahresplanung und auf eine gründliche Auswertung der Veranstaltungen gelegt werden.

Dazu soll im Januar 2023 eine Planung für die Stadtteildialoge und Stadtteilwanderungen im Jahr 2023 vorgelegt und im Hauptausschuss diskutiert werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Anfang 2019 hat der Oberbürgermeister, einem Beschluss der SVV folgend, ein anspruchsvolles Konzept zu Stadtteilkonferenzen, Stadtteilwanderungen und Bürgersprechstunden vorgelegt. In diesem Konzept wird detailliert beschrieben, wie diese Veranstaltungen langfristig inhaltlich vorbereitet und ausgewertet werden sollen. Das Konzept ist Mitte 2020 evaluiert und in seinen Grundzügen bestätigt worden. Nicht zuletzt durch die Pandemie hat das Konzept bisher keine Umsetzung gefunden. Stadtteilwanderungen und Stadtteildialoge finden selten und eher sporadisch statt. Damit wird wichtiges Potential für einen kontinuierlichen Dialog mit den Potsdamerinnen und Potsdamern nicht genutzt.

Deshalb sollte an das Konzept angeknüpft werden, auch mit dem Anspruch einer sinnvollen Weiterentwicklung.

Landeshauptstadt Potsdam

Geschäftsbereich

**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Drucksache Nr.:**TOP:****Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/1134

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 15:
Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Erstellungsdatum: 21.11.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

07.12.2022

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Um Potsdams Baumbestand zu sichern und vor Trockenschäden zu schützen, wird bürgerschaftliches Engagement dazu gefördert. Dazu werden Wasser-Gutscheine und Paten-Plaketten eingesetzt. Begleitend werden Grundwasserpumpen aktiviert und stadtwweit mehr Bewässerungsbeutel eingesetzt. Auch wird ein öffentlicher Bewässerungsplan ausgearbeitet, der es allen ermöglicht sich zu beteiligen: An den Bäumen werden Hinweisschilder angebracht, die konkrete Auskunft zum Bewässerungsstand geben.

gez. Vorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2023/24 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2232 Punkte, wurde unter der Nummer 15 in die „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 7. Dezember 2022 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2022):

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das bürgerschaftliche Engagement zum Schutz der Stadtbäume vor Trockenheit. Der Sommer 2022 ist bereits der fünfte Dürresommer in Folge. Alle Einwohnerinnen und Einwohner wurden daher um Unterstützung bei der Wässerung von Bäumen auf öffentlichen Grünflächen gebeten. Während neu gepflanzte Bäume bis zu fünf Jahre von den Pflanzfirmen gewässert werden, besteht dringender Bedarf nach diesem Zeitraum. Wassergutscheine sind denkbar. Bei entsprechender Nachfrage ist mit ca. 10.000 Euro pro Jahr zu rechnen.

Die Landeshauptstadt Potsdam bietet zudem bereits die Möglichkeit, Patenschaften für Bäume einzugehen. In der bisherigen Form ist die Baumpatenschaft mit einer Spende von 1.250 Euro verbunden, für die ein Baum gepflanzt und gepflegt wird. Dieses Modell kann um eine ausschließliche Wässerungspatenschaft erweitert werden. Hierzu sind jedoch zusätzliche Verwaltungskapazitäten durch Mitarbeitende für die Betreuung der Paten sicherzustellen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 50.000 Euro pro Jahr.

Die Anlage von Brunnen ist gesondert zu prüfen. Für den Bau sind 7.000 Euro einmalig und rund 500 Euro jährlich für die Unterhaltung zu kalkulieren.

Originalvorschläge (zusammengefasst vom Redaktionsteam):**329. Baumpflege mit Bürgern / Wasserbrunnen**

Um den aktuellen Baumbestand zu sichern und insbesondere vor Trockenschäden zu schützen, sollte bürgerliches Engagement mehr gefördert bzw. mehr wertgeschätzt werden. Umsetzungsbeispiel: BürgerInnen, die sich ein Jahr lang um die regelmäßige Bewässerung eines Straßenbaumes kümmern, könnten bspw. einen "Trinkwasser"-Gutschein der EWP (20 Euro p.a.) erhalten. Auch eine Paten-Plakette oder ein Schildchen, die dieses ehrenamtliche Engagement für den Erhalt Potsdamer Bäume würdigt, wären denkbar. Für die Bewässerung und Pflege von Bäumen und öffentlichen Grünanlagen sollten in den Potsdamer Stadtteilen wieder Grundwasserpumpen (wie es sie auch am Wochenmarkt am Bassinplatz gibt) aufgestellt werden. Freiwillige könnten dort Wasser zum Gießen "ziehen". Zudem würden mehr Bewässerungsbeutel für Bäume in der ganzen

Stadt helfen. Ziel: Ausgaben für Baumbewässerung bzw. für Neupflanzungen aufgrund von Trockenschäden verringern.

69. Wir schützen unsere Bäume!

Die Trockenheit macht unserer Natur und den Bäumen zu schaffen. Wäre es sinnvoll, die BürgerInnen beim Bewässern der Bäume zu beteiligen? Mit finanziellen Mitteln könnte mit ExpertInnen ein konkreter Bewässerungsplan ausgearbeitet werden, der es allen möglich macht, sich am Erhalt unserer schönen Natur zu beteiligen. Auf den zu schützenden Bäumen könnte ein Hinweisschild angebracht werden, das Auskunft gibt: 1. Wie viel Wasser braucht der Baum in der Woche? 2. Wer hat bereits wie viel gegossen? Dieser Plan ließe sich auch klein beginnen und Jahr für Jahr auf immer mehr Bäume ausweiten. Und das Projekt könnte Natur- und Umweltschutz mit starkem Engagement in der Nachbarschaft sinnvoll miteinander verbinden.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/1207

Betreff: öffentlich
**Berichterstattung zur Modernisierung der Verwaltung, hier: Umsetzung des
 Onlinezugangsgesetzes**

**bezüglich
 DS Nr.:**

Erstellungsdatum 02.12.2022

Eingang 502:

Einreicher: Verwaltungs- und Managemententwicklung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

14.12.2022

Hauptausschuss

10.01.2023

Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Das Onlinezugangsgesetz nennt als Zieldatum für die Digitalisierung der Bürgerdienstleistungen das Ende des Jahres 2022.

Der Oberbürgermeister informiert über den Stand zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in der Landeshauptstadt Potsdam. Deutlich wird:

90% der Bürgerdienstleistungen der LHP weisen den digitalen Reifegrad 1 auf. Damit werden die gesetzlichen Anforderungen erreicht. Das heißt, die Leistungsbeschreibung sind online verfügbar und das PDF steht als Download zum Ausdruck zur Verfügung. Damit werden die gesetzlichen Anforderungen erreicht.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat den Impuls des Onlinezugangsgesetzes aufgenommen. Ergänzend zu den Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene wird an einem tragfähigen Fundament für Digitalisierung gearbeitet. Hierzu zählen der Aufbau von Managementwerkzeugen und Digitalisierungskompetenzen sowie der Aufbau technischer Infrastruktur und organisatorische Rahmenbedingungen.

Von Bedeutung und gleichzeitig hoher Komplexität ist dies in Anbetracht des breiten und heterogenen Leistungsangebots und den damit verbundenen zahlreichen Fachsoftwareanwendungen und der ausdifferenzierten IT Landschaft.

Anlage zur Mitteilungsvorlage für den Hauptausschuss

Berichterstattung zur Modernisierung der Verwaltung, hier: Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

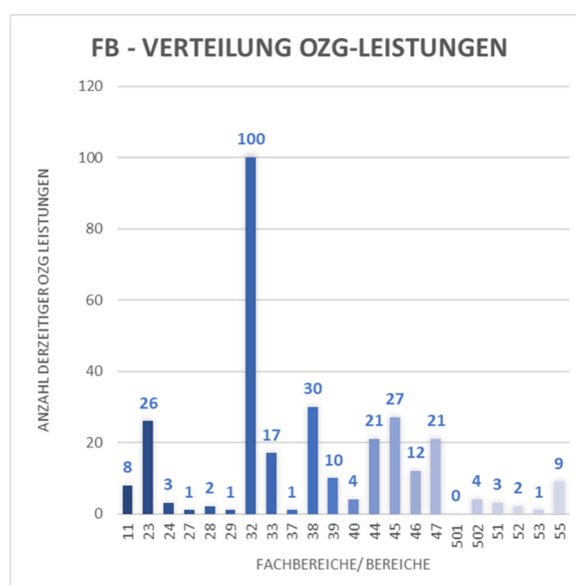
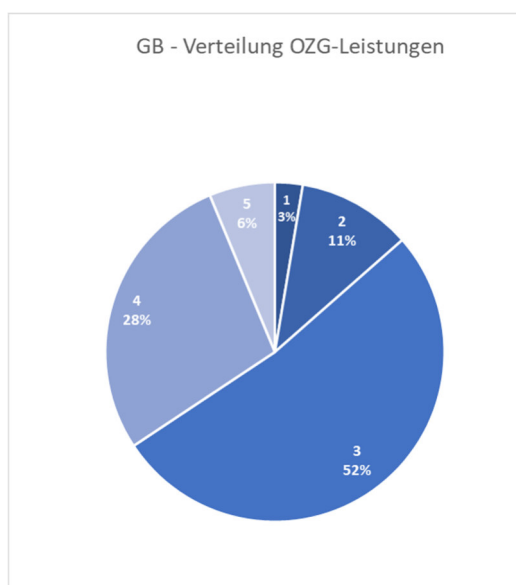
Das Onlinezugangsgesetz vom August 2017 ist ein wichtiges und ambitioniertes Gesetz für die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland. Es zielt darauf ab, durch die Vernetzung der Kompetenzen von Bund, Ländern und Kommunen die Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland deutlich zu beschleunigen. Bund, Länder und Gemeinden werden verpflichtet bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten und diese miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen.

Fünf Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes werden die Schwachstellen in der Formulierung und Umsetzungsarchitektur zunehmend deutlich. Der Deutsche Städtetag und der Städte- und Gemeindebund Brandenburg stellen übereinstimmend fest, dass eine Umsetzung des OZG auf ambitioniertem Niveau bis zum Ende 2022 nicht möglich sein wird, da wesentliche organisatorische, technische und finanzielle Rahmenbedingungen nicht gelöst sind. Aktuell wird an einem Folgegesetz dem Onlinezugangsgesetz 2.0 gearbeitet.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat den Impuls des Onlinezugangsgesetzes aufgenommen. Ergänzend zu den Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene wird an einem tragfähigen Fundament für die Digitalisierung der Leistungsprozesse der LHP gearbeitet. Hierzu zählen der Aufbau von Managementwerkzeugen und Digitalisierungskompetenzen sowie der Ausbau technischer Infrastruktur und organisatorischer Rahmenbedingungen. Von Bedeutung und gleichzeitig hoher Komplexität ist dies in Anbetracht des breiten und heterogenen Leistungsangebots und den damit verbundenen zahlreichen Fachsoftwareanwendungen (rund 120) und der ausdifferenzierten IT-Landschaft.

Stand und Ausblick der OZG Umsetzung in der LHP

Die Landeshauptstadt Potsdam ist für rund 300 OZG Leistungen verantwortlich. Mit rund 50% entfällt der überwiegende Teil auf den Geschäftsbereich 3. Im Einzelnen stellt sich die Verteilung der OZG-Leistungen auf die die Geschäfts- bzw. Fachbereiche wie folgt dar:



Im Rahmen der OZG-Umsetzung wurde auf Bundesebene ein Reifegradmodell zur Bestimmung von Digitalisierungsgraden entwickelt. Das Modell misst die Online-Verfügbarkeit auf einer Skala von 0 (die Leistung ist nur offline verfügbar) bis 4 (die Leistung kann vollständig digital abgewickelt werden)

- 0: Keine Informationen online verfügbar.
- 1: Die Leistungsbeschreibung ist online verfügbar und das PDF steht als Download zum Ausdruck zur Verfügung.
- 2: Eine Online-Beantragung ist grundsätzlich möglich. Nachweise können regelmäßig noch nicht online übermittelt werden.
- 3: Die Online-Leistung kann einschließlich aller Nachweise vollständig digital abgewickelt werden. Der Bescheid wird digital zugestellt.
- 4: Die Once-Only-Beantragung ist online möglich, bei der Daten und Nachweise aus Registern der Verwaltung abgerufen werden können (statt durch Nutzer*innen eingereicht).

Gegenwärtig sind für rund 90% der Bürgerdienstleistungen der LHP als PDF- Anträge online verfügbar und liegen somit im Reifegrad 1 vor.

Im Reifegrad 2 liegen folgende Leistungen vor:

- Unternehmensanmeldung und -genehmigung
- Unschädlichkeitszeugnis bei Grundstückseigentum
- Gewerberegisterauszug
- Bewohnerparkausweis
- Aufenthaltstitel

Im Reifegrad 3 werden folgende Leistungen bereitgestellt:

- iKfZ
- Melderegisterauskunft
- Statusabfrage Personalausweis/ Reisepass
- Auskünfte aus dem Gewerberegister

Der Reifegrad 4 wird gegenwärtig durch keine Leistung erfüllt.

Zusammenfassend lässt sich hiermit feststellen: Die Landeshauptstadt Potsdam erfüllt die gesetzlichen Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes.

Digitalisierung im Zusammenspiel von föderalen Lösungen und eigenen Akzenten

Die LHP versteht sich als ein Akteur im föderalen OZG-Umsetzungsprogramm. Handlungsleitend für die LHP sind die Entscheidungen des IT-Rates Brandenburg. Für konkrete Umsetzungsmaßnahmen kooperiert die LHP insbesondere mit dem ZIT-BB (Brandenburgischer IT-Dienstleister), dem KAZ (Kommunales Anwendungszentrum) sowie dem DIKOM (Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg) und greift die Lösungen auf, die von diesen Dienstleitern insbesondere in Umsetzung des „Einer für Alle (EfA)“-Prinzips angeboten werden. Diese sog. EfA-Leistungen werden unter Federführung eines einzelnen

Bundeslandes entwickelt und im Anschluss allen Ländern und Kommunen zur Nachnutzung bereitgestellt.

Die Landeshauptstadt verfolgt die bundesweite Entwicklung der EfA Leistungen, nutzt diese soweit möglich und bringt sich als Pilotkommune ein. Konkret war und ist die LHP Pilotkommune bei der Entwicklung der EfA Leistung „Aufenthaltstitel für Erwerbstätige“ des Landes Brandenburg. Weiterhin ist die LHP Pilotkommune bei der Entwicklung der EfA Leistung für Wohngeld sowie für den Wohnberechtigungsschein im Rahmen des Aufbaus der Sozialplattform.

In Anbetracht der verzögerten föderalen Umsetzung und der offenen Fragen im Kontext des EfA Prinzips, sucht die LHP darüber hinaus nach eigenen Perspektiven. Gegenwärtig wird geprüft, welche Onlinekomponenten und Digitalisierungspotenziale von Fachsoftwareanbietern verfügbar und ggf. für die LHP nutzbar sind, unabhängig vom grundsätzlichen EfA-Prinzip.

Digitalisierung im guten Zusammenspiel von zentralen Standards und dezentraler Umsetzung in den Geschäfts- und Fachbereichen

Voraussetzung für die Digitalisierung von Leistungsprozessen in den Fachverwaltungen sind organisatorische und technische Rahmenbedingungen sowie Standards der Zentralen Verwaltung. Folgende Maßnahmen hierzu laufen und werden weiter ausgebaut:

- Bereitstellung eines **elektronischen Dokumentenmanagementsystems**. Mit der Erarbeitung des Aktenplanes im Jahr 2022 und dem verwaltungsweiten Ausrollen ab dem Jahr 2023 wird eine wesentliche Komponente für elektronische Workflows und somit medienbruchfreie Bearbeitung im Backend geschaffen.
- Das Prozessmanagement ist ein wichtiges Fundament und Werkzeug für die Digitalisierung. Im laufenden Jahr wurden die Standards und das Regelwerk für ein verwaltungsweites **Prozessmanagement** erarbeitet und eine Softwareunterstützung beschafft. Hierauf aufbauend wird im kommenden Jahr ein einheitliches Geschäftsprozessmanagement als Organisationsentwicklungsmaßnahme verwaltungsweit ausgerollt. Zielsetzung ist, bis Ende 2023 die wesentlichen Kernprozesse aller Geschäftsbereiche in der Prozessmanagementplattform zu hinterlegen und somit wichtige Digitalisierungsinformationen bereitzustellen.
- Erfolgreiche Digitalisierung benötigt Menschen. Um die Digitalisierung in der Breite der Verwaltung zu verankern, werden alle Geschäftsbereiche künftig durch **Referenten bzw. Referentinnen für Digitalisierung und Change** unterstützt. Ebenso sind mit der Haushaltsplanung 2023/2024 Stellen für die Wahrnehmung von Digitalisierungsaufgaben in den Fachbereichen vorgesehen.
- Das OZG fordert, dass die Leistungen über einen Portalverbund - unabhängig von der konkreten Kommune - den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen sind. Der **Bürger- und Unternehmensservice Brandenburg (BUS-BB)** ist das Instrument des Landes Brandenburg, durch den diese Anforderung erfüllt wird. Die LHP hat die Schnittstelle zum BUS-BB technisch hergestellt. Im Laufe des Jahres 2023 werden Informationen zu den Bürgerdienstleistungen der LHP auch über den Portalverbund zur Verfügung stehen.
- Die LHP wird der infrastrukturellen Empfehlung des Landes Brandenburg folgen und das vom DIKOM bereitgestellte **Kommunalportal** als technische Basis einführen. Das Kommunalportal wird das gegenwärtige virtuelle Rathaus ersetzen. Ein wesentlicher Vorteil hierbei ist, dass über das Kommunalportal die vorgeschriebenen

IT-Basiskomponenten des Brandenburgischen E-Government-Gesetzes, wie z.B. das Nutzerkonto und E-payment, zentral angebunden und so für die verschiedenen Dienstleistungen nutzbar sind. In einer ersten Ausbaustufe werden die Informationen zu den Bürgerdienstleistungen der LHP nutzerorientiert aufbereitet und leichter auffindbar sein (Stichwort: „Mit wenigen Klicks zur gesuchten Leistung“).

- Im Anbetracht der schwierigen Umsetzung des OZG hat der IT Planungsrat 35 OZG Leistungen definiert, die prioritär entwickelt und zur flächendeckenden Nachnutzung bis Ende 2022 bereitgestellt werden sollen. 24 dieser Leistungen fallen in das Leistungsspektrum der LHP. Zielstellung ist es, diese Nachnutzungskonzepte aufzugreifen und im Laufe des Jahres 2023 in der LHP zu implementieren, sofern keine rechtlichen oder sonstigen Spezialregelungen dem im Wege stehen. (hierzu im Einzelnen, siehe Anlage).
- Zusätzlich sollen im kommenden Jahr ausgewählte Leistungen, die durch die Bürgerinnen und Bürger besonders häufig nachgefragt werden, durch die Eigenentwicklung eines interaktiven Formulars digitalisiert werden. Denkbar sind hier Hundesteuer und Hundeanmeldung, die Hausnummernvergabe, Führungszeugnis und Geburtsurkunden.

Anlage: Priorisierte EfA- Leistungen des IT Planungsrates

Name der OZG Leistung	Was gehört u.a. dazu	Zuständige OE	Zuständiges Ressort
Genehmigung zur Leitungsverlegung nach § 68 Abs. 3 TKG (Breitbandausbau)			MIL
Bauvorbescheid und Baugenehmigung	z.B. Baubeginn Anzeige und die Prüfung der bautechnischen Nachweise	441	MIL
Zulassung, Änderung, Zurücknahme von Wahlvorschlägen	z.B. Europawahlvorschlag Zulassung, Beteiligungsanzeige, Kommunalwahlvorschlag	553	MIK
Wahlhelferanmeldung und -verpflichtung	Wahlhelferanmeldung	553	MIK
Gewerbesteuer	Gewerbsteuerfestsetzung	1162	MdFE
Elterngeld	Bewilligung des Elterngeldes	2313	MSGIV
Unterhaltsvorschuss	Bewilligung des Unterhaltsvorschuss	2314	MBJS
Ummeldung	Wohnsitzanmeldung	3221	MIK
Personalausweis	z.B. Änderung, Ausstellung, Meldung Verlust	3221	MIK
Meldebescheinigung und –registerauskunft	z.B. die einfache und erweiterte Melderegisterauskunft	3221	MIK
Verpflichtungserklärung (Ein- und Auswanderung)	Verpflichtungserklärung Entgegennahme	3221	MIK
Einbürgerung	Einbürgerung Verleihung und Ausstellung deutscher Staatsangehörigkeit	3222	MIK
Eheschließung	Eheschließung Registrierung, Aufhebung, Anmeldung und Vollzug	3222	MIK
Kraftfahrzeugzulassung, - um- und Abmeldung	z.B. Zulassung, Stilllegung, Halterwechsel	3223	MIL
Führerschein	z.B. die Erteilung der Fahrerlaubnis und die Auskunft örtliches Fahrerlaubnisregister	3223	MIL
Parkerleichterungen für Schwerbehinderte	z.B. Ausstellung des Parkausweises für Schwerbehinderte und Parkmöglichkeiten für schwerbehinderte Menschen Kennzeichnung	3223 und 4753	MIL
Aufenthaltskarten und aufenthaltsrelevante Bescheinigungen	z.B. Aufenthaltskarte Bescheinigung über die Einreichung der Angaben und Bescheinigung über das Fortbestehen der Niederlassungserlaubnis	3224	MIK

	Ausstellung		
Aufenthaltstitel	z.B. Einreise- und Aufenthaltsverbot Anordnung und Ausweisersatz Ausstellung	3224	MIK
Leistungen zum Infektionsschutz	z.B. die Ausstellung des Gesundheitszeugnisses und die Meldung Infektionsschutz	3311	MSGIV
Ausbildungsförderung (BAföG)	z.B. die Ausbildungsförderung Bewilligung, Beratung, Rückforderung	3833	MWFK
Eingliederungshilfe	z.B. die Gewährung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	3841 und 3844	MWFK
Hilfe zur Pflege	z.B. Bewilligung zur Hilfe der Pflege	3843	MSGIV
Wohngeld	z.B. Wohngeldfeststellung und die Wohngeldzahlung	3923	MIL
Anlagengenehmigung und – zulassung	z.B. Eignung von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	4532	MLUK (FF), MWAE



Niederschrift

25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin:	Dienstag, 10.01.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:27 Uhr
Ort, Raum:	Raum 280 a, Stadtverwaltung Potsdam, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Dr. Mechthild Rünger	Bündnis 90/Die Grünen
---------------------------	--------------------------

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt	SPD	
Herr Karsten Dornhöfer	SPD	bis 20:00 Uhr
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Anna Lüdcke	CDU	
Herr Denny Menzel	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE
------------------------	-----------

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel	BürgerBündnis	bis 20:05 Uhr
Herr Robert Hirsch	CDU	
Herr Frank Hübner	DIE aNDERE	
Herr Peter Mundt	DIE LINKE	
Frau Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz	SPD	ab 18:05 Uhr
Herr Timo-Daniel Seifert	Freie Demokraten	bis 19:30 Uhr

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg	Geschäftsbereich 5
--------------------------	--------------------

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Hahnel	Seniorenbeirat
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	nicht entschuldigt
----------------------	---------------	--------------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	nicht entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------------

Schriftführer/in:

Frau Marén Matyka

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
22.11.2022

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Transparenz der Tätigkeit von Beiräten
Vorlage: 22/SVV/0792
Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)
-Wiedervorlage-
 - 3.2 Konzept Stadtteildialoge umsetzen und weiterentwickeln
Vorlage: 22/SVV/1084
Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 15: Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft
Vorlage: 22/SVV/1134
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

- 4 Partizipation
- 4.1 Bericht des Beteiligungsrates
- 4.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung
- 5 Transparenz
- 6 Digitalisierung
- 6.1 Berichterstattung zur Modernisierung der Verwaltung, hier: Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
Vorlage: 22/SVV/1207
Oberbürgermeister, Verwaltungs- u. Managemententwicklung
- 7 Themenspeicher/Themenvorschläge
- 8 Sonstiges
- 9 Berichterstattung Bedrohung der IT-Systeme

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rüniger, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.11.2022

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rüniger, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rüniger, ergänzt die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt Berichterstattung Bedrohung der IT-Systeme.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und **einstimmig bestätigt**.

Für den Tagesordnungspunkt Bedrohung der IT-Systeme beantragt Frau Dr. Rüniger Rederecht für

- Frau Griebisch (externe Unterstützung des Fachbereich E-Government)
- Herr Lüpke (IT-Sicherheitsspezialist).

Dem Antrag auf Rederecht wird **einstimmig zugestimmt.**

Zur **Niederschrift** der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vom 22.11.2022 gibt es keine Anmerkungen; die Niederschrift wird mit **Stimmenmehrheit, bei zwei Stimmenthaltungen, bestätigt.**

zu 9 Berichterstattung Bedrohung der IT-Systeme

Die Vorsitzende überträgt die Diskussionsleitung für diesen Teil an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Marquardt.

Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet zur Bedrohung der IT-Systeme und erläutert, warum vorsorglich die Verbindung zum Internet abgeschaltet wurde. Des Weiteren erörtert Herr Jetschmanegg, dass die Landeshauptstadt Potsdam kurz vor dem Abschluss der Forensik-Scans stehen, welche bisher keine Auffälligkeiten ergeben haben. Es wurden „Bypässe“ (alternative Dienstleistungserfüllung) reaktiviert, welche im Rahmen des IT-Sicherheitsvorfalls im Jahr 2020 eingerichtet wurden. Der Zahlungsverkehr kann aufrecht erhalten werden und die Systeme innerhalb der Stadtverwaltung funktionieren. Aktuell wird ein Plan zur stufenweisen Öffnung der Systeme erarbeitet. Anschließend stellt Herr Marquardt Herrn Lüpke (IT-Sicherheitsspezialist) vor und bittet diesen von seinen Rechercheergebnissen zu berichten. Herr Lüpke erörtert, dass er nachdem er von der Abschaltung der Systeme aus der medialen Berichterstattung erfuhr, aus privatem Interesse und nicht im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam recherchiert habe. Anschließend werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Im Anschluss wird Frau Griebisch, welche derzeit den Fachbereich E-Government der Landeshauptstadt Potsdam als externe Beraterin unterstützt, vorgestellt. Diese war Chief Digital Officer (CDO) im Landkreis Anhalt-Bitterfeld und berichtet vom IT-Sicherheitsvorfall, welcher sich im Jahr 2021 im Landkreis Anhalt-Bitterfeld ereignete. Bei diesem musste der Katastrophenfall ausgerufen werden, da der Landkreis nicht mehr handlungsfähig war.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Transparenz der Tätigkeit von Beiräten

Vorlage: 22/SVV/0792

Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/Freie Wähler)
-Wiedervorlage-

Frau Bojunga, Fachbereich Kommunikation und Partizipation, erläutert, dass die Tätigkeit der Beiräte auf www.potsdam.de durch eine Aktualisierung der Seiten in der jetzigen Struktur sowie durch eine komplette, nutzerorientierte Neustrukturierung im Rahmen des Relaunchs transparent dargestellt werden können.

Durch die Aktualisierung der Seiten wird ein schneller Überblick der Verteilerseite „Beiräte“ unter Politik und Verwaltung mit Teaser (Bild und Text) für jeden Beirat eingefügt. Die Seiten der Beiräte werden jeweils den passenden Themengebieten zugeordnet und die Informationen vereinheitlicht.

Es folgt ein Austausch zu den Erläuterungen von Frau Bojunga. Anschließend wird die Erledigung durch Verwaltungshandeln festgestellt und **einstimmig bestätigt**.

zu 3.2 **Konzept Stadtteildialoge umsetzen und weiterentwickeln**

Vorlage: 22/SVV/1084

Fraktion DIE LINKE

Frau Arasin, Bereiche des Oberbürgermeisters, nimmt anhand einer Präsentation für die Verwaltung Stellung. (Die Präsentation ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt). Anschließend beantwortet sie Nachfragen der Ausschussmitglieder. Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf, so dass die Erledigung durch Verwaltungshandeln festgestellt und **mit Stimmenmehrheit bestätigt** wird.

zu 3.3 **Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 15: Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft**

Vorlage: 22/SVV/1134

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rüniger, erörtert den Antrag. Nach einem regen Austausch der Ausschussmitglieder, wird der Antrag positiv gewertet, jedoch sollten weitere Managementmodelle geprüft werden, da die Verwaltungs- und damit Kostenbelastung der LHP zu hoch erscheint. Es wird sich darauf verständigt, einen Prüfauftrag auszulösen. Geprüft werden soll: Dezentrales, selbstorganisiertes straßenweises Gießen, z.B. durch Arbeits- und/oder Wasser-Spenden der Bürgerinnen und Bürger; Einführung eines Projektes analog „GiessdenKiez.de“ in Berlin; Fördermittelabruf im Kontext Smart City. Dieser wird zur Abstimmung gestellt und **einstimmig beschlossen**.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgenden Bürgervorschlag zu prüfen: Um Potsdams Baumbestand zu sichern und vor Trockenschäden zu schützen, wird bürgerschaftliches Engagement dazu gefördert. Dazu werden Wasser-Gutscheine und Paten-Plaketten eingesetzt. Begleitend werden Grundwasserpumpen aktiviert und stadtweit mehr Bewässerungsbeutel eingesetzt. Auch wird ein öffentlicher Bewässerungsplan ausgearbeitet, der es allen ermöglicht sich zu beteiligen: An den Bäumen werden Hinweisschilder angebracht, die konkrete Auskunft zum Bewässerungsstand geben.

Ergänzend sollen folgende Maßnahmen geprüft werden: Dezentrales, selbstorganisiertes straßenweises Gießen, z.B. durch Arbeits- und/oder Wasser-Spenden der Bürgerinnen und Bürger; Einführung eines Projektes analog „GiessdenKiez.de“ in Berlin; Fördermittelabruf im Kontext Smart City.

zu 4 **Partizipation**

zu 4.1 **Bericht des Beteiligungsrates**

Frau von Heyden-Hendricks vom Beteiligungsrat berichtet, dass der

Beteiligungsrat vom Team des Bürgerhaushalts um eine Einschätzung zum Bürgerhaushalt 2023/2024 gebeten wurde. Diesbezüglich führt sie aus, dass die Öffentlichkeitsarbeit viel präsenter, die Onlineanmeldung zu kompliziert und der Anmeldevorgang zu lang war. Die Anzahl der Vorschläge seien unübersichtlich gewesen. Sie wünschen sich eine bessere Kommunikation zu der Umsetzung der Ergebnisse und im Bezug darauf, mehr Öffentlichkeitsarbeit.

Zum Libeskind Projekt berichtet Frau von Heyden-Hendricks, dass verschiedene Modelle vorgestellt wurden, die Bürgerinnen und Bürger aber nicht angehört wurden.

zu 4.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung

Frau Bojunga, Fachbereich Kommunikation und Partizipation der Landeshauptstadt Potsdam, teilt mit, dass es aktuell nichts Neues zu berichten gibt.

zu 5 Transparenz

zu 6 Digitalisierung

zu 6.1 Berichterstattung zur Modernisierung der Verwaltung, hier: Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Vorlage: 22/SVV/1207

Oberbürgermeister, Verwaltungs- u. Managemententwicklung

Frau Sattler, Verwaltungs- und Managemententwicklung der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet anhand einer Präsentation über die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. (Die Präsentation ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt)

zu 7 Themenspeicher/Themenvorschläge

Es werden keine Themen benannt.

zu 8 Sonstiges

Es werden keine Themen benannt.

Im Dialog mit dem Oberbürgermeister 2021/2022



Weiterentwicklung des Konzepts Stadtteilkonferenzen/Stadtteildialoge

Januar 2019	Vorlage „Konzept Stadtteilkonferenzen/Stadtteilwanderungen und Bürgersprechstunden“
Juni 2020	Vorlage der Evaluation „Im Dialog mit dem Oberbürgermeister“
September 2021	Fachgespräch „Im Dialog mit dem Oberbürgermeister“ Vorlage der Abschlussdokumentation „Im Dialog mit dem Oberbürgermeister Dialoge 2019 und 2020“
Januar 2023	Vorlage der Abschlussdokumentation „Im Dialog mit dem Oberbürgermeister Dialoge 2021 und 2022“

Weiterentwicklung des Konzepts Stadtteilkonferenzen/Stadtteildialoge

Ableitungen aus Evaluation und Fachgespräch:

- Veränderter Austausch durch Pandemie und Krisen
 - Flexible Formate des Dialogs nötig, je nach Situation
 - Verortung der Dialoge, je nach aktueller Lage
- Einbindung der Gruppen und Organisationen vor Ort
- Kinder und Jugendliche im Konzept stetig einbinden, besondere Formen der Kontaktaufnahme
- Dialogformate sind nicht statisch, sondern werden stetig weiterentwickelt

Stadtteilwanderungen und Stadtteildialoge 2021

Keine Dialogformate

- Pandemielage mit Kontaktbeschränkungen
- Personelle Ressourcen im Pandemiemanagement

Stadtteilwanderungen und Stadtteildialoge 2022

Vier Dialogformate

- 14. Januar 2022 Außengestaltung Biosphäre 2.0
- Mai 2022 Gartenstadt Drewitz (07.Mai 22 Stadtteilwanderung, 21.Mai 22 Stadtteildialog)
- 23. November 2022 Talkrunde I „Potsdam bündelt Energien“
- 25. November 2022 Talkrunde II „Potsdam bündelt Energien“



Themen

Biosphäre 2.0

→ Gastronomie, Hotelneubau und Naherholung, 36 Hinweise.

Stadtteildialog in Drewitz

→ Stadtteilentwicklung, Wohnen, Bildung & Kultur, Ordnung & Sicherheit, 42 Hinweise.

Talkrunden „Potsdam bündelt Energien“

→ Energie, Wohnen und Hilfsangebote.

Bürgersprechstunden



2021

- 5 Bürgersprechstunden
- 25. November 2021 erste Kinder und Jugendsprechstunde

2022

- 8 Bürgersprechstunden
- 11. September 2022 Kinder und Jugendsprechstunde



Ausblick 2023

Vier Dialogformate und sieben Bürgersprechstunden

- 20. Januar 2023 Talkrunde „Potsdam bündelt Energien“ Themen Energie, Wohnen und Hilfsangebote
- Juni 2023
- September 2023
- November 2023



Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit.

Information zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

am 10.01.2023

Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung

Onlinezugangsgesetz, August 2017

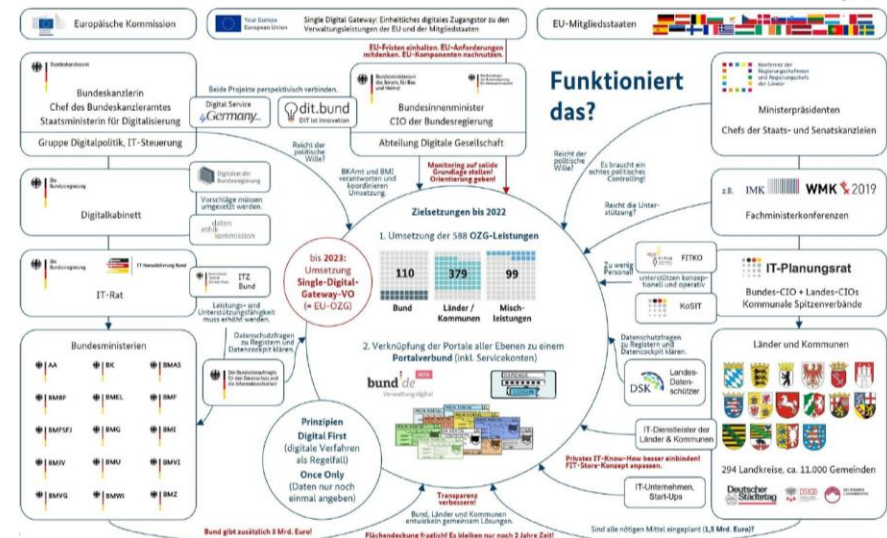
Ziel:

Beschleunigung der Digitalisierung durch Vernetzung der Kompetenzen von Bund, Ländern und Kommunen

Kernelement:

Entwicklung von Onlinezugängen, in Arbeitsteilung, nach dem EfA Prinzip - **Einer für Alle**

Ist DAS hilfreich für UNSER MORGEN ??



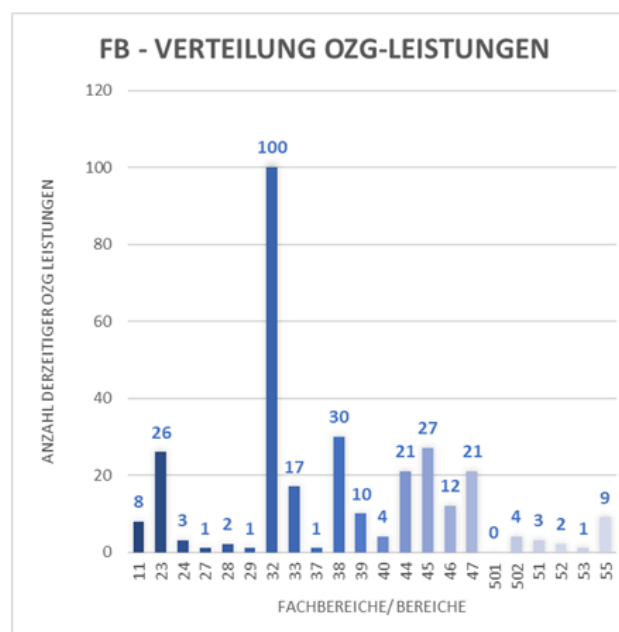
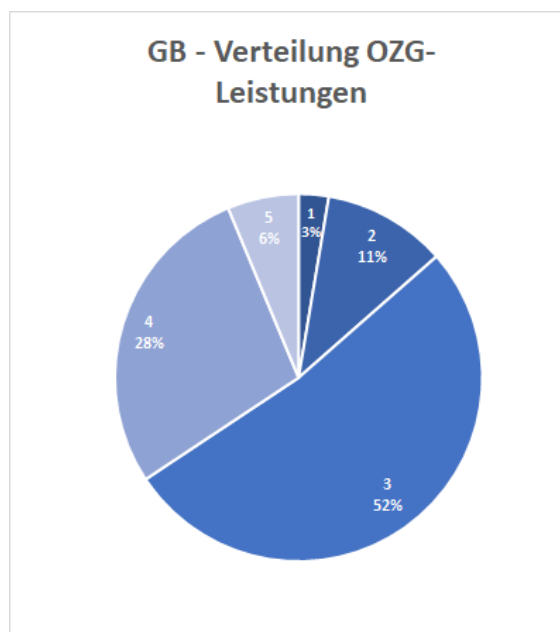
Quelle: Nationaler Normenkontrollrat

Wo stehen wir in der LHP ?

Programmverfügung

- Arbeitsorganisation
- Leitplanken für die Herangehensweise

Aufbereitung der Thematik für und mit den Geschäftsbereichen



OZG als Katalysator für Digitalisierung

Zielstellung: Medienbruchfreie Digitalisierung der Prozesse!



Zusammenspiel von föderalen Lösungen und eigenen Akzenten

- EfA
- Fachsoftware
- Formularserver

Technisch und organisatorische Maßnahmen der zentralen Verwaltung

- Aufbau Prozessmanagement (Regelwerk und Software)
- Technische Zielarchitektur (Kommunalportal, Basiskomponenten, BUS BB)
- DMS Strategie und Verwaltungsweiter Aktenplan
- Referent*innen für Digitalisierung und Change

Zielsetzung für 2023

- Inbetriebnahme und Rollout Kommunalportal und der Basiskomponenten (insbesondere Nutzerkonto, Epayment)
- Implementierung der 24 priorisierten kommunalen EfA-Leistungen (z.B. Gewerbesteuerfestsetzung, Wohngeld, Wahlhelferanmeldung)
- Eigenentwicklung für häufig nachgefragte Leistungen (z.B. Führungszeugnis, Geburtsurkunde)

Vielen DANK

und
ein gesundes und erfolgreiches
neues Jahr